



GdP im Bundesinnenministerium:

GUTES GESPRÄCH MIT DEM MINISTER



Am Donnerstag, den 10. Januar 2019, trafen sich Bundesinnenminister Horst Seehofer und Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei für die Bundespolizei, zu einem allgemeinen Austausch über die Situation der Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei.

Wertschätzung der Arbeitsleistung war dabei für Jörg Radek das zentrale Thema. Die politische Verlautbarung von Anerkennung müsse sich auch im Konkreten widerspiegeln. Als ein zentrales Beispiel nannte er die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Der Sachstand zur Arbeitszeitverkürzung und die Gewährung eines Betreuungsgel-

des waren weitere Themen, bei denen sich der Minister offen für Radeks Argumente zeigte. In Anwesenheit von Stefan Kaller, dem Leiter der Abteilung ÖS (Öffentliche Sicherheit), sowie Peter Beiderwieden, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung B (Angelegenheiten der Bundespolizei), sprach der Minister die Überstundensituation in der Bundespolizei an. Künftig solle bei Bewältigung von besonders belastenden Einsätzen, wie zum Beispiel im Rahmen des G20-Gipfels oder im Hambacher Forst, eine Dienstbefreiung als Anerkennung angedacht werden. Im Rahmen unserer gewerkschaftlichen Arbeit bleiben wir an diesen Themen dran.

Inhaltsverzeichnis

AUSGABE 1 | 2019

GdP im BMI	1
Gutes Gespräch mit dem Bundesinnenminister	
1. Hauptstadtball	1
Tickets sichern für dieses Highlight im März	
Strukturprüfung ErmD	2
GdP fordert Korrektur des Abschlussberichts	
Private Pflegeversicherung	2
Laut GdP wird hier grundlos eine Neiddebatte entfacht	
Gleichstellung	3
Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen in der Bundespolizei	
Luftsicherheit	3
GdP fordert bessere Bezahlung für Luftsicherheitsassistenten	
Kriminalitätsbekämpfung	4
GdP vertritt ihre Positionen bei BPOLP-Fachgespräch	
Arbeit an der Basis	4
Jörg Radek besucht Personalversammlung in Erfurt	



Schnell Tickets sichern:

1. HAUPTSTADTBALL DER BUNDESPOLIZEI

Am 16. März 2019 veranstaltet der GdP Bezirk Bundespolizei den 1. Hauptstadtball der Bundespolizei. Im Mercure Hotel MOA in Berlin feiern wir mit Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freun-

den der Bundespolizei, Bürgerinnen und Bürgern! Der Eintritt kostet 50 Euro pro Person inklusive Buffet und tollen Showacts. Tickets unter Tel.: 0211 7104-517 oder E-Mail: heil@gdp-bundespolizei.de

GdP fordert Korrektur des Abschlussberichts:

VORLIEGENDES ERGEBNIS DER STRUKTURPRÜFUNG DER ERMITTLUNGSDIENSTE DARF SO NICHT UMGESETZT WERDEN

Der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei betrachtet den vorliegenden Entwurf der Strukturprüfung für die Ermittlungsdienste (ErmD) als überaus mangelbehaftet. „Der geplante geringe Aufwuchs der Ermittlungsdienste sowie die Verlagerung von Dienstposten ist nicht zielführend“, sagt Martin Schilff, Mitglied des Vorstands der GdP für die Bundespolizei. Bei einer steigenden Anzahl von Kontroll- und Streifenbeamten

(KSB) ist auch ein Anstieg der Fallzahlen für die ErmD, die heute schon personell viel zu knapp ausgestattet sind, zu erwarten. Eine zukunftsfähige Aufstellung dieses Aufgabenbereichs wird mit dem jetzigen Ergebnis, dass sich auf die für eine solche Berechnung ungeeignete Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 stützt, verfehlt. Zum einen bildet die PKS nicht alle Verfahren und Fallzahlen ab, die die ErmD bearbeiten, zum anderen ist das

Ergebnis auch mittelbar abhängig von der Personalausstattung der Dienststellen, die 2017 aufgrund von Abordnungen aus allen Bereichen an andere Bedarfsträger mangelhaft war.

Die GdP Bundespolizei fordert daher eine umgehende Korrektur des Zwischenergebnisses unter Einbeziehung erweiternder Datengrundlagen und aller für den Bereich der Kriminalitätsbekämpfung und Ermittlungsarbeit relevanten Aspekte.

GdP zu Aussage von SPD-Vize-Fraktionsvorsitzendem zur Pflegeversicherung:

HIER WIRD GRUNDLOS EINE NEIDDEBATTE ENTFACHT

Die GdP hat mit Erstaunen die Aussagen des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Karl Lauterbach zum Thema Pflegeversicherung für Beamte zur Kenntnis genommen.

Private Pflegeversicherung

„Hier wird grundlos eine Neiddebatte entfacht“, sagt Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei für die Bundespolizei. Lauterbach spricht davon, dass Beamte vom Pflegesystem profitieren würden, aber zum Teil deutlich niedrigere Beiträge zahlen würden. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Beamte sind gesetzlich dazu verpflichtet, eine private Pflegeversicherung abzuschließen, um eine beihilfekonforme Pflegeversicherung zu haben. Die Leistung der Pflegeversicherung für Beamte kommt zusammen mit der Beihilfe des Dienstherrn der üblichen ge-



Foto: pixabay.com / sabinevanerp

setzlichen Pflegeversicherung gleich, da lediglich Leistungen auf Basis der gesetzlichen Pflegeversicherung gewährt werden. Beamte bekommen für ihre Pflegeversicherungsbeiträge keine besseren Leistungen als andere gesetzlich Pflegeversicherte.

Wir würden es begrüßen, wenn die Debatte um die Pflegeversicherung in eine zielführende Richtung gelenkt würde – etwa in die Diskussion einer Pflegevollversicherung oder einer Novellierung des Pflegezeit- und Pflegestärkungsgesetzes, welches auch Beamte einschließt.



Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen in der Bundespolizei:

„INKLUSION IST DAS, WAS WIR GEMEINSAM DARAUS MACHEN“

Noch bis Februar 2019 finden die Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen in der gesamten Bundespolizei statt. Insgesamt sind derzeit 95 Schwerbehindertenvertretungen in der Bundespolizei tätig. GdP-Vertreter Kai Abeln – selbst schwerbehindert – wurde am 21. Dezember 2018 nebst weiteren 16 weiteren stellvertretenden Mitgliedern zur Bezirksschwerbehindertenvertretung beim Bundespolizeipräsidium gewählt. „Aus gestärkten Schwerbehindertenvertretungen heraus müssen wir die leidensgerechten Verwendungen im Tarifbereich, im Verwaltungsbereich und auch im Polizeivollzugsdienst stärker forcieren“, sagt Abeln.

Zukunftsziele der Schwerbehindertenvertretungen

Dazu muss das Personalentwicklungskonzept für den Schwerbehindertenbereich eine starke Auslegung erfahren, die eben eine Verwendung auf einen entsprechenden Arbeitsplatz ermöglicht. So sollten die Liegenschaften barrierefrei gestaltet sowie die IT-Technik entsprechend den Bedürfnissen angepasst werden. Außerdem

müssen elektrisch höhenverstellbare Arbeitstische zum Selbstverständnis an jedem Büroarbeitsplatz werden. Zur Wiedereingliederung



nach einer Arbeitsunfähigkeit könnten Lösungen für mobiles Arbeiten und Telearbeit bessere Möglichkeiten bieten.

Und auch, wenn es noch viele andere Ziele gibt, nennt Kai Abeln eines, das ihm besonders am Herzen liegt: „Die gesetzlich vorgeschriebene Unterrichtung und Anhörung der Schwerbehindertenvertretungen

durch die Dienststellen in allen Angelegenheiten, die einen einzelnen oder die schwerbehinderten Menschen als Gruppe berühren, muss dringend verbessert werden. Das ist nicht nur geltendes Recht, das durch das Bundesteilhabegesetz gestärkt worden ist, sondern eben auch ein Zeichen von gelungener Inklusion. Und Inklusion funktioniert eben nur, wenn wir alle gemeinsam etwas daraus machen.“

Wofür sie sich einsetzen

Die Schwerbehindertenvertretungen vertreten nicht nur schwerbehinderte und denen gleichgestellte behinderte Kolleginnen und Kollegen, sondern auch Beschäftigte, welche von einer Behinderung bedroht sind. Einige benötigen einen leidensgerechten Arbeitsplatz, andere Veränderungen in der Arbeitszeit oder sonstige bauliche oder technische Veränderungen am Arbeitsplatz. Nicht immer eine einfache Aufgabe, aber in Zusammenarbeit mit unseren Gleichstellungsbeauftragten und Personalvertretungen wollen wir das schaffen. Schwerbehindert heißt nicht leistungsschwach.

GdP fordert:

BESSERE BEZAHLUNG FÜR LUFTSICHERHEITSSASSISTENTEN

Die Vergütungsrichtlinien der Luftsicherheitsassistenten müssen dringend auf den Prüfstand. In den 1990er Jahren wurden sie vom Arbeitgeber einseitig außertariflich eingruppiert, weil ihre Tätigkeitsmerkmale nicht durch die Entgeltordnung oder die tariflichen Sonderverzeichnisse widerspiegelt werden. Seitdem sind die Anforderungen durch

steigende Passagierzahlen und das permanente Gefahropotential aber deutlich gestiegen. „Diesem erhöhten Arbeitsaufkommen muss nun endlich Rechnung getragen werden“, sagt Arnd Krummen, Vorstandsmittglied der GdP für die Bundespolizei. Zu diesem Zweck wird die GdP ein tarifrechtliches Gutachten in Auftrag geben. Damit soll die

Möglichkeit höherer Eingruppierungen geprüft werden.

Zusätzlich zu einer besseren Bezahlung fordert die GdP die Gewährung einer Sicherheitszulage, wie sie pauschal den Tarifbeschäftigten des BKA und des Bundesamtes für Verfassungsschutz gezahlt wird.



Runder Tisch zum Thema Kriminalitätsbekämpfung:

GdP: „WEITER STRUKTURELL UND PERSONELL AUSBAUEN“

Im Dezember nahm Roland Voss, Vorstandsmitglied der GdP für die Bundespolizei, auf Einladung des BPOLP an einem Meinungs- und Gedankenaustausch zum Thema „Kriminalitätsbekämpfung“ teil, um unsere Vorstellungen und Ideen für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung zu diskutieren.

In dem mehrstündigen Fachgespräch, an dem von Seiten des BPOLP der Leiter der Abteilung 3, Mathias Schaeff, sowie Vertreter der Referate 31, 33, 34 und 36 teilnahmen, wurden zahlreiche Themen besprochen.

Weitere Gespräche vereinbart

Die GdP unterstrich bei dem Treffen ihre Rolle als stärkste und nach vorne orientierte Gewerkschaft und vereinbarte weitere Gespräche in allen für die Kriminalitätsbekämpfung wesentlichen Punkten. Der im BPOLP zuständige Abteilungsleiter, Mathias Schaeff, und fast alle Referate nahmen das Angebot der GdP an, die Gespräche mit den GdP-Vertretern des Bezirkspersonalrates fachlich fortzusetzen.



Unter anderem ging es um:

- Belastungssituation und Schnittstellenproblematik zwischen den Dienstgruppen und den Ermittlungsdiensten der Inspektionen
- Asservatenverwaltung
- Organisations- & Dienstpostenplan
- Problemstellungen zum PEK
- Stärkung der mobilen Kommunikation und Rollout von Smartphones
- IT-Konsolidierung und Weiterentwicklung von Apps
- IGA und Grenzkontrollen der Zukunft
- AG 2020 / PIAV / eFBS
- eLearning / Fortbildung
- neue (zusätzliche) Aufgaben im Bereich Internetkriminalität, Auswertung von Internet und PCs (IT-Forensik)
- Nachwuchsgewinnung und der Einsatz von Pensionären sowie Wissenstransfer durch vermehrte Pensionierungen
- Aufstiegsmöglichkeiten
- Einsatz eingeschränkt verwendungsfähiger Polizeibeamter



GdP-Vorstand in Erfurt:

JÖRG RADEK BEI PERSONALVERSAMMLUNG

Am 16. Januar 2019 hat Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei für die Bundespolizei, an der Personalversammlung der Bundespolizei in Erfurt teilgenommen. Im Anschluss traf er sich noch mit den

Vertrauensleuten der GdP vor Ort, Daniel Gerth, Andrea Schulz und Hendrik Kunz (im Bild von links) zu einem Gespräch über die Besonderheiten und die Personalknappheit in der Flächeninspektion Erfurt.

Du möchtest diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Sende einfach eine kurze E-Mail an news@gdp-bundespolizei.de und wir löschen Deine Adresse aus dem Verteiler. Selbstverständlich kannst Du Dich zu einem späteren Zeitpunkt jederzeit wieder anmelden.